

Deutschland.

Berlin, 14. Dezember. Aus Hamburg ist eine Deputation hier eingetroffen, welche die Mission hat, Sr. Majestät dem Könige die lokale Oeffnung der Bewohner dieser Stadt auszusprechen. Wie ich höre, wird diese Deputation in den nächsten Tagen von Sr. Majestät empfangen werden. — In neuester Zeit sind hier sieben Stadtverordnetenwahlen vollzogen worden, deren Resultat insofern einen erfreulichen Fortschritt befundet, als dabei nicht mehr in gleichem Grade wie früher politisches Parteitreiben zur Geltung gekommen ist. Man hat im Allgemeinen doch auch hier eingesehen, daß die Kommunal-Interessen nicht zum Besten vertreten sind, wenn die hohe Politik bei städtischen Angelegenheiten in den Vordergrund gestellt wird. — Ein Berliner Korrespondent der „Magdeburgischen Zeitung“ erhebt heute heftige Beschuldigungen gegen das Herrenhaus wegen angeblicher Verzögerung der Geschäfte, namentlich beklagt er die durch das Herrenhaus verzögerte Uebergabe der bewilligten Dotationen an die Dotenten. Diese Anklagen sind aber in jeder Beziehung unbegründet. In Regierungskreisen ist allerdings früher zu einer schleunigeren Erledigung der Dotationsangelegenheit im Abgeordnetenhaus gedrängt worden, aber nicht in der Absicht, die Dotierten so schnell als möglich in den Besitz der Summen zu bringen, als ob diese darauf warteten, sondern weil man glaubte, daß eine unverzügerte Annahme formell würdiger sei. Dem Herrenhause ist eine Beeinträchtigung der würdigen Form oder der Sache in keiner Weise zu befürchten. Der allgemeine Vorwurf aber, daß das Herrenhaus die Erledigung der Vorlagen unnötig verschleppe, ist am wenigsten begründet und wohl noch nie erhoben worden. Im Herrenhause ist man gewohnt alle Vorlagen geschäftsmäßig kurz zu erledigen, ohne mit unnützen Reden Zeit zu verlieren. Das Herrenhaus ist frei von der Plage redelustiger Mitglieder, durch welche die Geduld des Abgeordnetenhauses oft auf eine harte Probe gestellt wird. Uebrigens muß man dem Präsidenten Fordenbeck das Verdienst zuerkennen, daß er durch die, wie ein Damoklesschwert stets drohenden Abendstimmungen ein vortreffliches Mittel gefunden hat, dem größten aller parlamentarischen Uebel, dem Rededrang, Schranken zu setzen. Leider muß freilich dabei der Unschuldige mit dem Schuldigen leiden, ohne diese Daumenschraube der Abendstimmungen ist das aber in noch höherem Grade der Fall. Wie viel Sitzungen würde wohl noch z. B. der monumentale Bau des Abgeordnetenhauses mit Neben ausgefüllt haben, wenn die Abendstimmungen nicht droheten! —

Berlin, 14. Dezember. Die Civilliste Sr. Maj. des Königs dürfte, wie hiesige Blätter berichten, in Kurzem erhöht werden, und aus dem Kronsfidei-Kommiss dem Kronprinzen und dem Prinzen Friedrich Karl, als Kommandeure der beiden Armeen im letzten Kriege, noch ein ansehnliches Einkommen zufallen.

Das Kammergericht hat gestern die Sache wegen des Speicher-Einsturzes in der Alexanderstraße in zweiter Instanz verhandelt und das erste Erkenntnis gegen den Maurermeister Meyer (200 Thlr. Geldbuße), den Maurerpolier Dabbert (9 Monate Gefängnis und 100 Thlr. Geldbuße) und den Zimmerpolier Dabbert (25 Thlr. Geldstrafe) bestätigt.

Aus Frankfurt a. M. wird neuerdings der Wunsch kundgegeben, doch möglichst bald die preussische Städte-Ordnung eingeführt zu sehen. Die sonst nach dem Herkommen auf den 10. d. vorzunehmende Bürgermeisterwahl hat, in Ermangelung der vorgeschriebenen tatsächlichen Auseinandersetzungen, bis jetzt nicht bewirkt werden können.

Ein fürstlich rumänischer Kapitän befindet sich gegenwärtig hier, um sich über die hiesigen Kasernen- und Lazareth-ic. Einrichtungen zu informieren.

Wie die „B. V.“ melden, liegt es in der Absicht der badischen Regierung, dem nächsten Landtag die Grundlinien zur Ausdehnung des Wehrsystems vorzulegen. Im Wesentlichen will man sich den preussischen Einrichtungen nähern, namentlich darin, daß eine Landwehr nach dem preussischen System ins Leben gerufen werde.

Auf Requisition von preussischer Seite verhaftete, wie die „Hamb. Nachr.“ melden, die Hamburger Polizei am 12. d. Mts. in Hamburg dreißig junge Leute aus Hannover, welche sich dem Militärdienste durch Entweichung nach Amerika oder England entziehen wollten. — Eine Anzahl in Altona aus demselben Grunde verhafteter Hannoveraner passirte unter militärischer Eskorte an demselben Tage nach Harburg.

Vom Centralbureau des Zollvereins ist über den Nübenverbrauch zur Zucker-Fabrikation innerhalb des Zeitraums vom 1. September 1865 bis August 1866 folgende Uebersicht gegeben worden:

An Nüben sind zu Zucker verarbeitet worden:	
Von Preußen (alte Grenzen)	36,154,873 Ctr.
„ Braunschweig	4,034,091 „
„ Württemberg	1,331,559 „
„ Baden	840,814 „
„ Hannover	436,240 „
„ Baiern	345,770 „
„ Thüringensche Staaten	204,626 „
„ Königreich Sachsen	68,310 „
„ Kurhessen	36,289 „
„ Hessen-Darmstadt, Nassau und Frankfurt	—
Summa	43,452,772 Ctr.

Der im Jahre 1863 bei Gelegenheit des Erlasses der Verordnungen von der Stadtverordneten-Versammlung gefasste Beschluß, sich fortan der Absendung von Adressen an Sr. Maj. den König und die Mitglieder des Königshauses zu enthalten, ist

bekanntlich tatsächlich schon im August dieses Jahres bei der Rückkehr des Königs aus dem Kriege außer Anwendung gesetzt worden. Wie man vernimmt, hat nun das bevorstehende Neujahrsest eine Anzahl von Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung Veranlassung geboten, den Antrag einzubringen, nunmehr diesen Beschluß auch der Form nach aufzuheben. Die Versammlung hat dem Vernehmen nach in ihrer am Donnerstag stattgehabten nicht öffentlichen Sitzung diesem Antrage die Genehmigung erteilt und auf Grund dessen beschlossen, selbstständig und ohne Verbindung mit dem Magistrat sowohl an Sr. Maj. den König, wie an den Kronprinzen Glückwunschsadressen zum Jahreswechsel zu erlassen, um darin den Gesinnungen der Bürgerschaft Berlins Ausdruck zu geben. Gleichzeitig soll beschlossen worden sein, daß die Uebersendung dieser Adressen durch abzuordnende Deputationen der Versammlung erfolgen und daß hierzu die Erlaubnis erwirkt werden solle.

Die für die Konferenz bestimmten Vorlagen bestehen in einem Entwurf der Bundesakte nebst Beilagen, welche Details über Organisation des Heeres, der Marine u. s. w. enthalten, ferner in der Vorlage des Militärgesetzes des norddeutschen Bundes an das konstituierende Parlament. Anderweitige Vorlagen scheinen nicht beabsichtigt zu werden. Im Bundesrathe würde die Abstimmung durch Majorität stattfinden.

Berlin, 14. Dezember. (Abgeordnetenhaus.) 44. Sitzung. (Schluß aus dem heutigen Morgenblatte.) Finanzminister Freiherr v. D. Seydt: Die einzige rechtliche Grundlage ist die Verfassung, auf welche die Regierung einen zu hohen Werth legt, als daß sie ihnen folgen sollte, wenn Sie über die Verfassung hinausgehen. Wie die Dinge jetzt liegen, kann ich eine Abänderung nicht in Aussicht stellen. — Abg. v. Flottwell: Wir sind die entschiedensten Gegner des Antrages, weil er politischen und nicht finanziellen Charakters ist. — Abg. Lasker: Die Anregung des Herrn Michaelis geht dahin, unsere Verfassungsbeziehungen zu vereinigen mit einer vernünftigen Steuererhebung. Hr. v. Bismarck widerspreche ich, wenn er meint, die Verfassungen seien nicht gründlich gewesen. Das ist nicht rathsam, stets auf einen Beschluß zurückkommen zu wollen. Diese Frage ist von höchstem Interesse für das Land, welches jetzt erst einen richtigen Einblick in die ganze Verwaltung erhält. Die Art und Weise der Angriffe des Hrn. v. Flottwell auf die Verfassung ist ungewöhnlich und unpassend. Redner weist alle Angriffe des Abg. v. Flottwell zurück. — Der Präsident tadelt das Wort unpassend. — Abg. v. Vinde (Hagen): Mit den Motiven des Indemnitäts-Gesetzes muß Alles, Alles, was dahinter lag, begraben liegen. Was in dem Bericht von 1865 an Anträgen steht, ist schon lange vorher angeregt worden, ehe noch einer der Verfasser des Berichts die Ehre hatte, dem Hause anzugehören. Redner geht sodann auf alle Anträge ein, welche eine Beschränkung des Budgets bezwecken. Wir sind noch sehr weit von der Kontingentierung der Steuern entfernt. Vorläufig machen die preussischen Zeitungen aus Ihrer (links) Opposition gegen die Regierung Kapital. — Abg. Dr. Birchow beklagt die früheren Arbeiten der Budget-Kommission. Die altliberale Partei hat allerdings alles Gute schon angeregt, aber sie hat keine Beständigkeit, läßt sich aus einer guten Position immer zurückwerfen. Das ganze läuft darauf hinaus, daß die Fortschrittspartei alle Reformen angeregt hat. Die Regierung darf nie Ausgaben machen auf Grund eines Gesetzes, das noch nicht da ist. Das ist die Position unserer Partei. Es kommt auf Artikel 107 der Verfassungs-Urkunde an. Nach meiner Uebersetzung ist das Gesetz vom April durch die Verfassung nicht aufgehoben. Ich kann nur wünschen, daß wir uns darüber verständigen, ob auf regelmäßigem Wege das Steuerbewilligungsrecht herzustellen und zweitens die Kontingentierung der Steuern herbeizuführen sei. — Finanzminister Freiherr v. D. Seydt: Die Ansicht des Herrn Vorredners steht mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen anderer Länder in Widerspruch. — Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen. Es folgen einige persönliche Bemerkungen des Abg. Michaelis (Berlin), v. Vinde (Hagen), Lasker, Bressen, dann tritt das Haus in die Special-Verathung. Tit. 1 Grundsteuer, Tit. 2 Gebäudesteuer, Tit. 3 Klassifizierte Einkommensteuer werden genehmigt. Zu Tit. 4, Klassensteuer, nimmt das Wort der Abg. Bressen, spricht für Ermäßigung dieser Steuer, ist aber wegen seines Dialekts fast gar nicht verständlich. Regierungs-Kommissar Geh. Rath Sentrup erklärt, daß die Regierung auf den Antrag des Abg. Rauchhaupt nichts zu erwidern habe. — Abg. Michaelis (Stettin): Wenn wir an die Nothwendigkeit der Steuerermäßigung erinnern wollten, wären wir Leute, die in ihrem parlamentarischen Leben nichts gelernt und nichts vergessen haben. Redner wendet sich gegen die bei der General-Diskussion von dem Abg. v. Vinde (Hagen) gemachten Aeußerungen und erinnert daran, daß der Abg. Dr. Simon sich bereits früher für die Kontingentierung der Steuer ausgesprochen habe. — Abg. v. Rauchhaupt empfiehlt seinen Antrag, welcher dahin geht, die Staatsregierung zu ersuchen, die Bezirksregierung anzuweisen, bei Feststellung der Klassensteuerlisten die Bestimmungen des §. 9 der Instruktion zum Klassensteuergesetz und des Rescripts vom 20. September 1858, daß Seitens der Regierung nur zweifelloso gerechtfertigte Erhöhungen sofort zu bewirken sind, in allen übrigen Fällen aber die erhobenen Bedenken zunächst den Unterbehörden zur speziellen Erörterung zugefertigt werden sollen, genau zu beobachten. — Abg. Hoffmann (Färbervog) bejwörtet diesen Antrag ebenfalls, der durch die bestehenden Verhältnisse geboten sei. — Abg. v. Gerlach (Garbelegen) spricht über die Auffassung der Linken über den Konflikt und das Budgetrecht und wird fortwährend von der Linken und auch wiederholt vom Präsidenten „zur Sache“ gerufen. Dadurch wird und bleibt der Redner unverständlich und schließt mit den Worten: er werde dieser Regierung, die noch nicht das Königthum von Gottes Gnaden für bankrott erachte, jede Steuer bewilligen.

Abg. Graf v. d. Schulenburg (Garbelegen) wendet sich gegen die Aeußerungen des Abg. Bressen. Wir suchen unsere Beamtenlehre darin, daß wir vom Vater auf Sohn im Dienste des Staates unser Brod sauer erwerben und der Sohn wie der Vater, in diesem Dienste ergraut, arm zur Grube fährt. — Abg. Graf Reiff: Es giebt kein besseres Mittel, die Steuerkraft einer Stadt oder eines Kreises kennen zu lernen, als wenn man genöthigt ist, Kommunal-Umlagen auszuschreiben, da zeigen sich denn oft Wahrnehmungen, welche eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse nothwendig machen. — Abg. Twisten: Wenn die Landesregierung das Steuerbewilligungsrecht gehabt hätte, wäre die bekannte Ländertheorie nicht in die Welt gesetzt und die Regierung hätte in einem gewissen Punkte nachgeben müssen, dessen Regelung das ganze Land verlangte.

Die Diskussion ist geschlossen. In einer persönlichen Bemerkung erklärt der Abg. Dr. Simon, daß der Abg. Dr. Birchow seine frühere Ansicht doch nicht ganz richtig aufgefaßt habe; er stehe auf demselben Standpunkte noch wie früher. Nach anderen persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Reichenheim, v. Vinde (Hagen) und v. Gerlach wird der Antrag des Abg. v. Rauchhaupt angenommen, ebenso auch Tit. 4. — Zu Tit. 5 nimmt das Wort der Abg. Stropfer. Er wünscht mögliche Beschränkung der Schank-Konzessionen, namentlich den Erlaß eines Gesetzes, welches die Verabreichung von geistigen Getränken an Betrunkene verbietet; ebenso wünscht er eine Umänderung der noch jetzt gültigen gesetzlichen Bestimmungen für Müller, die noch aus dem Jahre 1820 herrühren. — Abg. Dr. Michaelis (Allenstein) wünscht eine gleiche Beschränkung aus Moralitäts-Rücksichten. — Die übrigen Titel werden genehmigt.

Es folgt der Etat der Allgemeinen Kassenverwaltung. Reg.-Komm. Geh. Rath Mölle leitet die Debatte mit einer kurzen Uebersicht über diesen Etat ein. Zu Tit. 4 beantragt Abg. Reichenheim, von dem extraordinären Zuschuß für Marinezwecke von 4,620,000 \mathcal{M} . die bisher im Betrage von 136,900 \mathcal{M} . abgesetzten Summen in Abzug zu bringen. Der Antrag wird, da die Abstimmung zweifelhaft ist, bei der Zählung mit 135 gegen 119 Stimmen angenommen.

Es folgt der Etat der Hohenzollernschen Lande. Eine Debatte entspinnt sich bei einem Ausgabe-posten von 1217 \mathcal{G} ., welcher Betrag dem Fürsten von Thurn und Taxis, auf Grund des im Jahre 1865 mit demselben von der königlichen Regierung abgeschlossenen und im Wege der königlichen Verordnung publizirten Rezeßes, als Theil der Entschädigung für die landesherrlichen Rechte, welche demselben früher in Sigmaringen zugestanden, gezahlt werden soll. Die Abg. Graf und Ebertz führen aus, daß diese Zahlung nicht rechtmäßig stattfinden könne, aus materiellen und formellen Gründen.

Der Antrag des Abg. Graf wird angenommen, ebenso ein Antrag des Abg. Reichenheim, diese 1217 \mathcal{G} . zu Kap. 13, 1 (unvorhergesehene Ausgaben und zur Abrundung) zuzusetzen. Zu Kap. 18, 3 (öffentlicher Unterricht) beantragt Abg. Schanz, die Regierung aufzufordern, die angelegte Summe von 18,559 \mathcal{G} . im Etat für 1868 zu erhöhen und motivirt diesen Antrag.

Regierungs-Kommissar Mölle: Der Minister der geistlichen Angelegenheiten wird die Sache prüfen und das Erforderliche veranlassen. — Der Antrag wird angenommen und dieser ganze Etat ohne weitere Diskussion erledigt. Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist der Entwurf des Etatsgesetzes. Es sind hierzu zwei Anträge gestellt, einer vom Abg. v. Bodum-Dolffs, die Regierung aufzufordern, vom Jahre 1868 ab einen einheitlichen Etat für die ganze preussische Monarchie aufzustellen; ein anderer vom Abg. Michaelis, das Etatsjahr künftig vom 1. Juli bis 30. Juni gehen zu lassen.

Reg.-Komm. Mölle: Die Regierung beabsichtigt zwar, die Ausgaben und Einnahmen der neu erworbenen Länder von 1868 ab mit dem ganzen Etat zu verschmelzen, den Etat für Hohenzollern jedoch getrennt weiter zu führen, letzteres aus den schon früher angeführten Gründen; diese sind namentlich die Verschiedenheit des Münzsystems, so wie die das Staatseinkommen betreffenden Einrichtungen und Verhältnisse, die eine systematische Aufstellung des Etats unmöglich machen. Ich bitte deshalb, diesen Antrag abzulehnen. Was den des Abg. Michaelis betrifft, so bemerke ich, daß bis 1814 das Etatsjahr vom 1. Juni bis 30. Mai ging; von jenem Jahre ab gab man aber dem Kalenderjahr den Vorzug aus Rücksicht für einzelne Verwaltungszweige, welche am Jahresschluß abrechnen müssen, wie z. B. die Post. Diese Rücksicht besteht auch heute noch fort. Die Bau-Unternehmungen des Staats, für welche im Etat so große Summen bestimmt sind, werden am eifrigsten im Sommer betrieben und schließen ihre Rechnungen am Ende des Jahres ab. Dieser Teil des Rechnungswesens würde sich nach der Durchführung des Antrags durchaus nicht vertragen, da es unmöglich sein würde, die Kosten bis zu dem Termin des 1. Juli zu veranschlagen und die Regierung müßte sich deshalb ungefahr zurückerhebende Summen zur Verfügung stellen lassen. Ich bin von meinem Herrn Chef, der leider im Augenblick nicht mehr anwesend sein kann, beauftragt, zu erklären, daß, wenn das Haus eine Aenderung der bestehenden Einrichtungen in Ermägung nehmen sollte, er bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Sache sich zunächst mit den Provinzial-Behörden und den Ressort-Chefs in Vernehmen setzen müßte.

Es erhebt sich über die Verhandlungen des Michaelis'schen Antrages eine längere Debatte. Abg. Michaelis zieht schließlich den Antrag zurück mit dem Vorbehalt, ihn später wieder einzubringen.

Das Etats-Gesetz wird durch den Einnahmen mit 168,929,873 \mathcal{M} . und den Ausgaben mit 168,929,873 \mathcal{M} . nämlich fortlaufende Ausgaben 153,634,858 \mathcal{M} . und einmalige Ausgaben 15,295,015 \mathcal{M} . angenommen.

Durch die rasche Erledigung der Vorberathung ist die angelegte Abendstimmung überflüssig geworden. Präsident v. Fordenbeck drängt auf weitere Beschleunigung.

Abg. Twisten bittet dringend, die Schlußberathung schon am Dienstag beginnen zu lassen. Die Einverleibung der Herzogthümer muß bis zum Ende der Woche zurückgestellt werden.

Schluß 9½ Uhr. Nächste Sitzung Montag um 10 Uhr. Tages-Ordnung: Genossenschafts-Gesetz. Dienstag: Schlußberathung über den Etat.

Apenrade, 10. Dezember. Wie die „Fria“ erfährt, ist der dänisch gestante Pastor Christensen in Løstund in diesen Tagen seines Amtes entsetzt. Man vermutet, daß die Predigt, die er am 11. November bei Gelegenheit des Friedens- und Dankfestes gehalten hat, diese Amtsentsetzung zur Folge gehabt hat.

Hannover, 12. Dezember. Der gestern begonnene Verkauf von ca. 50 Reitpferden des Königl. Marstalls hat im Ganzen gute Resultate ergeben. Der höchste Preis war 515 Thlr.; für zwischen 400 und 500 Thlrn. wurde eine ziemliche Anzahl Pferde, darunter auch ein Paar für den Kaiser der Franzosen und den König von Dänemark, gekauft.

Hannover, 13. Dezember. Sämmtliche Unteroffiziere und Gemeinen der ehemaligen hannoverschen Armee, welche noch nicht volle sieben Jahre in der Linie resp. Reserve gedient haben und die Stellvertreter derselben Kategorie sind aufgefördert worden, sich hier in der Zeit vom 20. bis 29. Dezember zur Kontrolle zu stellen. Während dieser Zeit stehen sie unter den Kriegsartikeln. Wer ohne Entschuldigung fehlt, wird mit dreitägigem Gefängnis bestraft.

In der hannoverschen Generaladjutantur, welche noch zur Abwicklung der laufenden Geschäfte erhalten geblieben ist, fand heute Nachmittag eine Haussuchung statt, da auf die Requisition einer Akte seitens der preussischen Militärbehörde die Antwort erteilt worden war, daß das verlangte Aktenstück nicht vorhanden sei. Das Resultat der Haussuchung ist noch nicht bekannt.

Homburg v. d. S., 13. Dezember. Dem Vernehmen nach geht demnach eine Deputation des hiesigen Amtes nach Berlin, um dort die Huldbildung des neu einzuverleibenden Landes zu unterbreiten. (Ist bereits von Sr. Maj. dem Könige empfangen. D. Red.) Aufgabe der Deputation wird es zugleich sein, zu petitioniren: 1) um eine ständige Garnison. Wir hören, daß der Gemeinderath ganz besonders um Kavallerie gebeten, und sich bereit erklärt hat, sofort die nöthigen Stallungen zu bauen. 2) Verlassen einer Oberbehörde an hiesigem Ort. 3) Erhaltung des Kur- und Badewesens und weitere Erhebung desselben unter Aufsicht des Staates. 4) Fortsetzung der Frankfurt-Homburger Eisenbahn, welche zugleich von hohem militärischem Interesse ist.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 13. Dezember. Von

Er. K. H. dem Großherzoge ist das Militär-Verdienstkreuz verliehen worden u. A.: dem preuß. Generalleutnant z. D. Grafen v. Stolberg-Bernigerode und dem preuß. Generalleutnant v. Jastrow, kommandirenden General des 7. Armeekorps. — Heute früh ist Prinz August von Württemberg von Berlin in Schwertin eingetroffen, um mit dem Großherzoge an den Jagden vom 13. bis zum 15. d. M. Theil zu nehmen.

Braunschweig, 13. Dezember. Die Rede, mit welcher der Staatsminister v. Campe im Auftrage des Herzogs am 11. d. M. die Sitzung der Landesversammlung eröffnete, verheißt die Vorlage der mit Preußen abgeschlossenen Bündnisverträge vom 18. resp. 21. August, und erwähnt die am 15. in Berlin zu eröffnenden Verhandlungen über die Verfassung des norddeutschen Bundes. Es heißt am Schlusse:

„Auf den gegebenen Grundlagen mit besonnener Prüfung der wirklichen Bedürfnisse fortzubauen, wird die gemeinsame Aufgabe aller Beteiligten sein, und die Landesregierung fühlt sich dazu um so mehr getrieben, als sie sich in der Auffassung der Lage und der Forderungen, welche dieselbe stellt, mit der Landesvertretung in allen wesentlichen Beziehungen seither im vollen Einklange besunden hat.“

Karlsruhe, 12. Dezember. Der Prinz Ludwig von Hessen und dessen Gemahlin, Prinzessin Alice von Großbritannien, sind heute Nachmittag 1 1/2 Uhr, nach achtstägigem Aufenthalte, nach Darmstadt zurückgereist. Die hiesigen höchsten Herrschaften gaben den hohen Scheidenden das Geleite bis zum Bahnhof.

Ausland.

Wien, 12. Dezember. Man spricht von vertraulichen Verhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich, die sich auf die europäische Lage und die möglichen Eventualitäten der nächsten Zukunft beziehen sollen; die Initiative dazu soll von Paris ausgegangen sein. Die Tuilerien drängen, daß Oesterreich endlich mit der Regelung seiner inneren Angelegenheiten Ernst mache. Auch heißt es, daß in nicht ferner Zeit der Herzog von Gramont durch Herrn Drouyn de Lhuys ersetzt werden wird.

— Als Hauptmotiv, daß von jedem weiteren Vorgehen gegen Benedek Abstand genommen wurde, wird der Umstand angegeben, daß im entgegengesetzten Falle die Vernehmung der als Korpskommandanten fungirenden Erzherzoge nicht zu umgehen gewesen wäre. Dergleichen liebt man aber hier nicht, zumal die Gefahr sehr nahe lag, daß dabei Manches zur Sprache gekommen wäre, wodurch diese Herren kompromittirt worden wären. Auch Graf Clam-Gallas kann mit der Entschließung des Kaisers nur zufrieden sein, da er so der Gefahr entgangen ist, seine Haltung vor der Schlacht von Königgrätz einer eingehenden Untersuchung unterzogen zu sehen. Seine Rehabilitirung hätte sich dabei leicht als ein voreiliger Akt herausstellen können. — Man schreibt es dem Einflusse Beust's zu, daß der Kaiser die Aufhebung der Wuchergesetze sanktionirt hat. Thatsache ist, daß Belcredi und Larisch im Ministerrathe heftig gegen jene Maßregel opponirten, während Beust und der dafür namentlich vom Großgrundbesitze angefeindete Handelsminister v. Wallerstorff dieselbe befürworteten.

Graz, 12. Dezember. F.M. Erzherzog Albrecht hat heute den F.M. Ritter von Benedek besucht. Der Besuch währte eine Stunde.

Schweiz. Die Bundesbehörden in der Schweiz scheinen fest entschlossen, auch dem Versuch einer Einnistung der Jesuiten in ihrem Lande zu wehren, da sie der Regierung von Wallis die Entfernung der daselbst befindlichen Mitglieder dieses Ordens von jeder öffentlichen Thätigkeit anbefohlen haben. Bekanntlich hat die Kantonsregierung von Wallis die Verwendung einzelner Jesuiten im Schulfache mit dem Vorwande zu rechtfertigen gesucht, daß dieselben nicht als Korporation, sondern nur als einzelne Individuen thätig seien.

Paris, 12. Dezember. Am 3. Dezember, Abends zwischen 5 und 6 Uhr, brach beim Anzünden der Gaslampen, wahrscheinlich durch die Ungeschicklichkeit eines Anzünders, im Innern des Théâtre des Nouveautés in Paris Feuer aus, welches so schnell um sich griff, daß die zur Stelle sendenden Sapeurs-Pompier gar nicht an das Löschen denken konnten, sondern vollauf zu thun hatten, mit der größten Lebensgefahr die Schauspielerinnen zu retten, welche in der Garderobe beim Ankleiden waren. Das ganze Theater, eins der niedlichsten von Paris, ein wahres Schmutzlädchen ist niedergebrannt. Glücklicherweise war das Publikum, welches bereits der Kaffeneröffnung harrete, noch nicht zugelassen, sonst hätte man gewiß schweres Unglück zu beklagen. Der Kaiser hat zur augenblicklichen Unterstützung der Schauspieler und Schauspielerinnen 2000 Francs aus seiner Chatulle gegeben.

London, 14. Dezember, Nachmittags. Mit der Ueberlandspost eingetroffene Nachrichten aus Point de Galle vom 29. November melden aus Hongkong vom 15., daß die französische Expedition gegen Korea, ohne Widerstand zu finden, bis Kongsima vorgerückt war. — In Japan hatte der Bürgerkrieg aufgehört.

— Aus Valetta, 11. Dezember wird telegraphirt: Die Telegraphenlinie zwischen Malta und Alexandria ist wieder gebrochen. Die schadhafteste Stelle ist 230 Meilen von Alexandria. Der „Hawel“, gegenwärtig in Alexandria, wird, sobald das Wetter es zuläßt, zur Ausbesserung des Schadens abgehen.

Florenz, 10. Dezember. Der König ist gestern plötzlich in Begleitung zweier General-Adjutanten nach Turin abgereist; er wird aber nur wenige Tage abwesend bleiben, da er am 15. persönlich die Parlamentssession eröffnen wird. — General Medici ist nach Palermo abgegangen, um dort das Oberkommando über die Truppen in Sizilien zu übernehmen. Er hatte die Absicht, die Hälfte der auf der Insel stehenden Truppen wieder nach dem Festland zurückzuführen, da er größere militärische Kräfte auf Sizilien nicht mehr für nöthig hält.

Madrid. Die Königin ist auf ihrem Ausfluge nach Lissabon in allen von ihr berühmten spanischen Städten mit großem Jubel empfangen worden; besonders herzlich soll die Aufnahme in Ciudad Real Badajoz gewesen sein. In Lissabon, wo die Königin am 11. eintraf, wurde sie von dem Könige von Portugal am Bahnhof erwartet und hat die portugiesische Hauptstadt ihr zu Ehren am Abend desselben Tages eine großartige Illumination veranstaltet.

Pommern.

Stettin, 15. Dezember. Nach einer kurzen Reskapitulation des Inhaltes seines ersten Vortrages gab Herr Professor Prus

in dem gestrigen Vortrage eine historische Uebersicht von den Anfängen der brandenburgisch-preussischen Macht bis zu dem im Jahre 1535 erfolgten Tode Joachims I. Redner bezeichnet die Kurmark Brandenburg als Kern und Wiege der heutigen preussischen Macht und entwarf seinen Zuhörern ein klares Bild von den frühesten Kultur- und sonstigen Zuständen dieses Landes sowie der Ansiedlung, Lebensweise u. seiner ersten Bewohner, wobei er hervorhob, daß das historische Dunkel über das Land sich allerdings erst im 2. und 3. Jahrhundert unserer Zeitrechnung etwas gelichtet habe. Im weiteren Verlauf des Vortrages gedachte Redner der Kämpfe Kaisers Karls des Großen gegen die Sachsen und Wenden zu Ende des 8. Jahrhunderts, der späteren Entstehung der Städte Halle, Erfurt, Magdeburg, des Zerfalles des deutschen Reiches mit dem Tode Karls des Großen und der erst zu Anfang des 10. Jahrhunderts unter Heinrich I. möglich gewordenen Unterwerfung der Slaven und Wenden, insbesondere durch die im Jahre 928 erfolgte Eroberung von „Brandenburg“ und den Fall von „Lebus“ im Jahre 930, in Folge dessen Heinrich, der seine Eroberungen für das deutsche Reich dauernd zu machen suchte, die sogen. Nordmark gründete und besonderen Markgrafen deren Verwaltung übertrug. Namentlich sei, fuhr Redner fort, der Markgraf Albrecht der Bär, der die letzten Reste der Wenden vernichtete, als der eigentliche Begründer der preussischen Macht anzusehen und verdiene unser ehrendes Andenken. Er war es auch, der zahlreiche Kolonisten (Franken, Rheinländer, Flämänder, ja selbst Holländer) in das entvölkerte Land zog, was zu dem Aufblühen einzelner Städte wesentlich beitrug. Eine sehr trübe Zeit für die Mark Brandenburg begann zu Anfang des 14. Jahrhunderts, sie ging während der nächsten 100 Jahre fast immer aus einer Hand in die andere und Jeder suchte sie nach bester Möglichkeit auszusaugen. In dem Lande, das einer Einnöde gleich stand das Raubritterthum in schönster Blüthe und dieser traurige Zustand erreichte sein Ende erst, als Sigismund in den Besitz der Kaiserkrone gelangte. Letzterer gab das vollständig ausgefogene Land als Belohnung für treue Dienste an einen Edelmann aus süddeutschem Geschlecht, Friedr. v. Zollern und erst seit die Zollern (oder Hohenzollern) in Brandenburg sesshaft waren, blühte das Land auf. Im Jahre 1411 wurde Friedrich von Hohenzollern, nachdem es demselben gelungen war, die Macht des Adels zu brechen, vom Kaiser Sigismund die Mark Brandenburg als Lehn übertragen und ist Kurfürst Friedrich I. demnach der Stammvater unseres heutigen ruhmreichen Königsgeschlechtes. Sodann noch des Fürsten Albrecht Achilles, als Stifter des Erbvertrages vom Jahre 1473 und als eigentlicher Gründer der ersten Universität (Frankfurt a. D.), die aber erst unter seinem Nachfolger Johann zu Stande kam, gedenkend, ging Redner speziell auf den Nachfolger des letzteren, Kurfürsten Joachim I. mit dem Beinamen „Nepos“ ein. Er hob in der Schilderung seines Charakters besonders hervor, wie dieser Fürst in totaler Verkennung der geistigen Regungen seines Volkes der entschiedenste Gegner der Reformation gewesen sei, was sogar zu einer Trennung von seiner der lutherischen Lehre zugethanen Gemahlin Elisabeth die Veranlassung wurde. Er starb 1535, zu einer Zeit, wo sich Kaiser Carl V. und die protestantischen Fürsten wegen der Reformation bereits feindlich gegenüberstanden. Sein Nachfolger Joachim II. nahm dagegen schon im Jahre 1539 durch den Uebertritt zum Protestantismus die gereinigte Lehre an. — Hiermit schloß der zweite Vortrag und findet der nächste Vortrag des Weihnachtsfestes halber am 28. d. M. statt.

— Unsere Schiffsahrt scheint in diesem Jahre ein ziemlich schönes Ende erreichen zu sollen, indem in Folge des seit gestern Abend eingetretenen starken Frostes die Oder mit einer festen Eisede belegt ist. Es werden indessen noch mindestens zwei Dampfer, der „Pacific“ und „Emilie“ hier erwartet; dieselben sind auch nach Maßgabe ihrer Größe und Stabilität unbedingt im Stande, das Eis in seiner jetzigen Stärke noch zu durchbrechen.

— Dem in Grabow wohnhaften Fleischermeister Kertschil wurde heute Vormittag, während er sein Fuhrwerk in der Stadt kurze Zeit unbeaufsichtigt hatte stehen lassen, von demselben eine Kinderhaut gestohlen, mit der der Dieb glücklich entkommen ist.

Stargard, 13. Dezember. Dem hiesigen Magistrat ist vom Kirchenprovisorate vor einigen Jahren das Recht freitig gemacht, als Patron der hiesigen Kirchen demselben ein Mitglied beizunordnen, daß auch den Vorsitz führt und zugleich im Besitze eines Schlüssels zur Kasse ist. Nachdem die Frage, ob diese Angelegenheit vom Gerichte zu entscheiden sei, im Wege des Kompetenz-Konfliktes in 3 Instanzen zu Gunsten der Stadt besagt worden, ist jetzt ein Vergleich von der Stadt dem Kirchen-Propisorate angeboten, der von dem Rechte des Vorstandes und des Besitzes eines Schlüssels abstrahirt, dagegen aber das ganz unzweifelhafte Recht der Mitgliedschaft in Anspruch nimmt. Dieser Vergleich ist nun zwischen beiden Theilen auch zu Stande kommen.

Pyritz, 12. Dezember. (D.-Z.) Nach mehrfach gepflogenen Vorverhandlungen hat die königliche Regierung gestern mit unserer Stadt einen Kontrakt wegen Errichtung eines großen Lehrerseminars abgeschlossen. Seitens der Stadt wird ein Platz, acht Morgen groß, hergegeben und aus Staatsmitteln wird die Anstalt errichtet. Das Seminar begründet dabei zugleich eine dreiklassige Übungsschule und übernimmt dazu aus unserer Stadtschule 200 bis 250 Kinder, wogegen die Stadt an das Seminar jährlich 400 Thlr. zahlt. Als Bauplatz ist eine Stelle auf dem sogenannten Weinberge vor dem Stettliner Thor bezeichnet und wird das Hauptgebäude mit seiner Fronte der Wallpromenade zugekehrt zu stehen kommen. Das bis dahin als Seminar benutzte Ditothek wird dann zu anderen Zwecken verwandt werden können.

— **Ueckau**, 13. Dezember. Im Böhmischen Saale versammelten sich heute Abend eine Anzahl der liberal-nationalen Partei angehöriger Männer. Die Sitzung wurde durch Herrn Justizrath Brasche mit einer Ansprache eröffnet, welche zum Zwecke hatte, die Aufgabe des deutschen Parlaments darzulegen. Es wurde demnach ein Comité aus den Herren Justizrath Willebeck, Wallroth, Brasche, Rechtsanwält Nobiling, Dr. Schmidt, Kaufmann Lauffmann, Silberstein, Ezardi und Apotheker Lauer gewählt, als vorläufige Kandidaten für das Parlament wurde Graf Schwertin-Pupar, Redakteur Michaelis und Konsul Müller aufgestellt. Außerdem wurde das Programm der Fortschrittspartei vom 12. Novbr. angenommen.

Greifswald, 14. Dezember. Wie verlautet, ist der hiesige Universitätsrichter, Syndikus Dahrenstädt, einwilligen auf 6

Monate in das Kultus-Ministerium als Hilfsarbeiter berufen und wird in seiner Eigenschaft als Universitätsrichter durch den Prof. Witte vertreten; die Synodals-Geschäfte hat der Amtshauptmann Geheimerath Haenisch übernommen.

Vermischtes.

— Vorgestern Vormittag ereignete sich in der Friedrichsstraße in Berlin der tragikomische Vorfall, daß ein junger Kaufmann, der so eben in einem eleganten Wagen, im feinsten Brautkostüm seine Zukünftige zur Trauung abholen wollte, von seinem Gläubiger abgefaßt und zum Personal-Arrest abgeführt werden sollte. Der Verhaftete fand jedoch noch rechtzeitig Gelegenheit, seine Braut und deren Vater von dem kleinen Intermezzo zu benachrichtigen und gelang es letzterem den theueren Bräutigam noch auszulösen.

— Einen höchst empfindlichen Schaden hat dieser Tage ein Kaufmann B. in der Anhaltstraße gehabt. Derselbe hatte mehrere Hundert-Thaler-Scheine auf seinen Schreibtisch gelegt, und sich darauf auf einige Augenblicke in ein Nebenzimmer begeben. Seine Abwesenheit wurde von dem dreijährigen Söhnchen bemerkt, um die vier Banknoten an sich zu nehmen, und in den Ofen zu werfen. Während der Junge mit ungefühlter Freude die Papiere in Flammen aufgehen sah, versuchte der über den Verlust fast betäubte Vater vergebens die Papiere zu retten. Dieselben verbrannten vollständig.

Frankfurt. (Erinnerung an die Kriegseinquartierung.) Als neulich im Theater bei der Aufführung des „Kaufmanns von Venedig“ Shylock sagte: „Ich muß ein Pfund Fleisch haben!“ rief ein biederer Sachsenhäuser von der Galerie herunter: „Und acht Stück Cigarren!“

Paris, 10. Dezember. Gestern Abend herrschte auf dem Boulevard Montmartre, wo sich seit drei Wochen ein Montre-Aquarium befindet, eine furchtbare Aufregung. Einer der gläsernen Behälter zerbrach mit einem donnerähnlichen Getöse. Unglücklicherweise war es gerade der Behälter, in welchem sich die Haifische befanden. Die 20,000 Litres Seewasser, welche der Behälter enthielt, ermöglichten es diesen See-ungeheuren, sich auf die zahlreichen Besucher hinzustürzen, die in wilder Flucht und mit Zetergeschrei davonkamen. Eine Frau stürzte zu Boden und einer der Haifischeerfaßte sie, aber nur an ihrer Crinoline, die er theilweise verschlang. Das Wasser verlief schnell und der Haifisch verlor seine Kraft, so daß die Frau glücklich gerettet werden konnte und mit dem Verlust eines Stückes ihrer Wade davon kam. Ein Herr wurde durch die Stücke des gläsernen Behälters stark verletzt.

Literarisches.

Theodor Körner, ein Dichter- und Heldenleben, der deutschen Jugend erzählt von Schmidt. S. 135 mit mehreren Bildern. Von dem bekannten Schriftsteller H. Schmidt wird uns ein lebensvolles Bild vor die Seele geführt; die glühende Vaterlandsliebe, die den Dichter begeisterte, die seine Lieder in Leier und Schwert hauchen und die seine Kampfgenossen entflammte, sie leuchten uns aus jedem Zuge dieses Bildes entgegen, das für größere Knaben ein vortreffliches Geschenk bildet.

Schillers Jugendjahre, für die reifere Jugend dargestellt von Robert Springer. Neu-Ausg. S. 232 mit mehreren Bildern. Das Buch hat sehr gut den Ton getroffen für die reifere Jugend. Ohne Kenntnisse vorauszusetzen, führt es uns ganz in die Zeit der Jugend Schillers ein und macht die Jugend mit den tüchtigsten Männern deutscher Literatur aus damaliger Zeit bekannt, es kann daher auch sehr wohl als eine Vorschule für das Studium schönwissenschaftlicher Literatur bezeichnet werden. Namentlich ist anzuerkennen, daß der Verfasser es vermieden hat, Namen ohne Sachen, Worterklärungen ohne Bedeutung zu geben; von Jedem, was er vorführt, giebt er auch jedesmal ein anschauliches, den Kindern verständliches Bild.

Schiffsberichte.

Zwinemünde, 14. Dezember, Nachmittags. Angelommene Schiffe: Pacific (S.D.), Brown von Hull; Emilie (S.D.), Preuß von Rotterdam, noch hier liegend. Die Ernte (S.D.), Schulz von Stolpmünde. Heruntergekommene Schiffe haben viel Eis angetroffen. Wind: NW.

Börsen-Berichte.

Stettin, 15. Dezember. Witterung: kalt bei klarer Luft. Temperatur Morgens — 10° R. Wind: NW.

An der Börse.

Weizen höher, loco pr. 85 Pf. gelber 76—84 1/2 R. bez., 83—85 Pf. gelber Dezember 83 R. bez., Dezember-Januar 83 R. Br., Frühjahr 85, 85 1/2 R. bez.

Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 52 1/2—54 1/2 R. bez., Dezember 53 1/2 R. bez., 1/2 Gd., Dezember-Januar 53 1/2, 1/2 R. bez., Frühjahr 53 R. bez., Br. u. Gd.

Serfe loco pr. 70 Pf. schief. 46 R. bez.

Hafer und Erbsen ohne Umsatz.

Rübsöl matter, loco 12 1/2 R. Br., Dezember 11 1/2 R. bez., 11 1/2 R. Br., Dezember-Januar und Januar-Februar 11 1/2 R. Br., April-Mai 12 1/2 R. Gd.

Spiritus gut behauptet, loco ohne Faß 15 1/2 R. bez., Dezember und Dezember-Januar 15 1/2 R. bez., Gd. u. Br., Frühjahr 16 1/2 R. bez., 1/2 Br.

Angemeldet: 100 Wpl. Roggen, 300 Ctr. Rübsöl.

Landmarkt.

Weizen 77—85 R., Roggen 54—58 R., Gerste 42—46 R., Erbsen 54—66 R. per 25 Schfl., Hafer 27—30 R. per 26 Schfl., Stroh. pr. Schock 6—8 R., Heu pr. Ctr. 15—25 R.

Hamburg, 14. Dezember. Getreidemarkt fest, aber ruhig. Weizen pr. Dezember 5400 Pfd. netto 148 Bankothaler Br., 147 Gd., pr. Frühjahr 143 Br., 142 Gd. Roggen loco matt, Termine höher; pr. Dezember 5000 Pfd. Brutto 90 Br., 88 Gd., pr. Frühjahr 88 Br., 87 Gd. Del loco 25 1/2, pr. Mai 26 1/2. Raffee fest. Zim 3000 Centner Frühjahr zu 14 1/2 verkauft. Sehr fest. — Ralt.

Amsterdam, 14. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen unverändert. Roggen auf Termine fest. Raps unverändert. Rübsöl pr. Mai 41 1/2, pr. Oktober-Dezember 42 1/2.

London, 14. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Englischer Weizen zu höchsten Montagspreisen verkauft, fremder fest gehalten, russischer zu besseren Preisen gehandelt. Frühjahrsgetreide fest. — Schönes Wetter.